

20. Jahrhundert mit beschränkter Haftung: Kapital, Arbeit und Bürokratie im Zeitalter des Nationalismus¹

»Die Geschichte ist ein Prozeß; Verallgemeinerungen können, und sei es nur, indem sie provozieren oder verärgern, diesem Prozeß auf die Sprünge helfen«, so Frederick Pike. Auf die Gefahr hin, eher zu verärgern als zu provozieren, werden im folgenden gewisse Verallgemeinerungen über Staat und Bürokratie im 20. Jahrhundert vorgetragen: Wie haben sie sich entwickelt, wie stehen sie zum Wandel von Kapital und Arbeit, zu Klassenkämpfen und nationalistischen Konflikten? Verallgemeinerungen über ein ganzes Jahrhundert, besonders das eigene, werden selbst an dessen Ende einer genauen Prüfung nicht standhalten, sobald man bestimmte Länder ins Auge faßt. Von den Leserinnen und Lesern wird daher eine gewisse Toleranz gegenüber Abstraktionen verlangt: nicht für die apriorischen Kategorien der bürgerlichen Ökonomie und Sozialwissenschaft, sondern für jene Begriffe und Konzepte, mit denen aus der Konfusion des 20. Jahrhunderts diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse herausdestilliert werden, welche die Geschichte mehr oder weniger in die eine oder die andere Richtung treiben.

Drei Kategorien kommen im folgenden zur Anwendung: der »Westen« oder Westeuropa und Nordamerika sowie die anderen kapitalistischen weißen Siedlerländer (Argentinien und Südafrika ausgeschlossen); der »Osten«, nämlich Osteuropa und die alten russischen und sowjetischen Reichsgebiete; schließlich der »Süden«, vormals »Dritte Welt« genannt, die alten rohstoffliefernden Kolonien und Neokolonien des Nordens, von denen manche gegenwärtig selbst zu eigenständigen Industriemächten werden. Asien ist hier ausgeschlossen, weil ein anderer Ansatz zur Geschichte des Kapitalismus nötig ist, um die dortige »Great Transformation« zu erklären, insbesondere die Verlagerung ökonomischer Macht im ausgehenden 20. Jahrhundert von der liberal-demokratischen Nordatlantikregion hin zu den autoritär-kapitalistischen Ländern des Westpazifikbeckens.

Wenn die Leser diese Kategorien, die sowohl sozio-ökonomisch und politisch als auch geographisch gemeint sind, akzeptieren, auch wenn es ihnen

1 Ursprünglich erschienen in: *Capital, Nature, Society* vol. 5, no. 3, September 1994.

an theoretischer Präzision mangelt, dann können wir einige der wichtigsten Veränderungen, die im 20. Jahrhundert stattgefunden haben, folgendermaßen skizzieren.

Im Jahr 1900 war das nationale Kapital - auf einheimische Investitionen und Märkte ausgerichtet - im Westen im Aufstieg begriffen, während es im abhängigen Osten und im kolonialisierten Süden noch um seine Geburt kämpfte. In den führenden Ländern des Westens konkurrierte das Kapital auf den Märkten der jeweiligen Stammländer und in jenen Teilen des Südens, die von den nördlichen Ländern nicht zu exklusiven Handels- und Währungszonen verbunden waren. Im Osten hatte das westliche Kapital die Oberhand; im Süden organisierten sich die im Aufstieg begriffenen nationalen Bourgeoisien in den späteren subimperialistischen Ländern (z.B. Indien, Mexiko, Brasilien) gegen die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft des imperialistischen Westens. Zu Beginn des Jahrhunderts waren in weiten Teilen des Westens und des Ostens schon längst nationale Bürokratien etabliert, und koloniale Bürokratien im Verein mit Großgrundbesitzern, Kaufleuten und beutekapitalistischen Elementen beherrschten den Süden. All diese Bürokratien im Westen und Süden gewannen während der ersten drei Viertel des 20. Jahrhunderts beträchtlich an Kraft, wenn auch je nach Land und Geschwindigkeit der Entkolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg in höchst unterschiedlichem Maße. Im Osten wurde die größte aller Bürokratien, der sowjetische Parteistaat, in den zwanziger Jahren errichtet, in den dreißiger und vierziger Jahren gefestigt.

Allenthalben trugen nationale Kapitalblöcke, nationale politische Parteien und Bürokratien sowie nationale Arbeiterklassen gegenseitig zu ihrer Herausbildung und Profilierung bei, während sie international oft gegeneinander standen, zuweilen gewaltförmig wie in den beiden Weltkriegen, oder friedlich wie in der Nachkriegsperiode, als die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht des Weltkapitalismus war. Es gab Ausnahmen: In Rußland entwickelten sich ausländisches Kapital und Nationalstaat mehr oder weniger unabhängig voneinander, bis die bolschewistische Revolution, als der Staat politische Reformen blockierte und das Auslandskapital wirtschaftliche Reformen hinauszögerte, beide zu Fall brachte. Im Süden neigten die aufsteigenden nationalen Kapitalisten- und Arbeiterklassen dazu, sich eher in Abgrenzung denn in Anlehnung an die Kolonialbürokratien zu definieren. Doch fast überall im Westen, Osten und selbst in großen Teilen des Südens identifizierten sich Kapitalisten wie Arbeiter, oft von einem ins Chauvinistische überschießenden nationalistischen Stolz gepackt, mit der Nation und ihren Bürokratien und deren imperialistischen, später neokolonialistischen Ambitionen.

Im Westen spannte das nationale Kapital den Nationalstaat für seine Zwecke ein: um zu expandieren und Märkte, Energiequellen und Rohstoffe

im anderen Ländern auszubeuten. Umgekehrt nutzte der Staat das nationale Kapital, um seinen Einfluß und seine Macht auf dem Globus auszudehnen. Der Handel folgte der Flagge und umgekehrt. Im Jahr 1900 bereiteten sich die führenden kapitalistischen Länder auf imperialistische Kriege vor, die auf dem wachsenden Bedarf an Energie und Rohstoffen sowie Märkten für überschüssiges Kapital und Waren beruhten, und ebenso auf den selbstdefinierten Interessen des Industrie- und Finanzkapitals, dessen Bewegungsfreiheit durch Imperien behindert wurde, die eine andere Epoche zurückgelassen hatte. Unterdessen entfachten die unterworfenen Völker des Südens antikolonialistische Aufstände, manchmal zum Vorteil ihrer eigenen, vom westlichen Imperialismus vor den Kopf gestoßenen Bourgeoisien, manchmal zur Verteidigung moralischer Ökonomien (wie Eric Wolf gezeigt hat). Nach dem Zweiten Weltkrieg gab der Westen das kolonialistische Projekt mehr oder weniger freiwillig auf und entwickelte den ausgeklügelten Mechanismus des wirtschaftlichen Neokolonialismus, angeführt von den USA und den ökonomischen Institutionen, die von den USA dominiert wurden. Die alte Hegemonie des nationalen Kapitals mit seinen Einflußsphären, Währungsblöcken und Vorzugszöllen wurde zunehmend durch das global orientierte Kapital ersetzt. Schrittmacher waren in den fünfziger Jahren die US-amerikanischen multinationalen Unternehmen der USA. Die USA erben die zerfallenen und geschlagenen Reiche der Alliierten und der Achsenmächte, sonderten die alten Kolonien aus, die wirtschaftlich nicht vielversprechend schienen (etwa den größten Teil des ehemaligen Französisch-West- und Äquatorialafrika, allerdings nicht das alte Belgisch-Kongo), und setzten sich an die Spitze der Globalisierung des Geld- und Warenverkehrs und schließlich des gesamten produktiven Kapitalkreislaufs. In zunehmendem Maße beherrschten transnationale Finanzinstitutionen und Unternehmen die Weltwirtschaft. Während Geld-, Waren- und produktive Kreisläufe des Kapitals globalisiert wurden, geriet jedes große westliche Einzelkapital im Hinblick auf Zulieferungen und Märkte immer stärker in Abhängigkeit von Kapital in anderen Ländern. Gleichzeitig zwangen in den frühen neunziger Jahren ein wachsender globaler Arbeitsmarkt und die Internationalisierung des Arbeitskräftereservoirs nicht nur die USA und andere weiße kapitalistische Siedlerländer die schon früher zu »Schmelztiegeln« geworden waren, sondern auch Deutschland, Frankreich und andere traditionell chauvinistische Nationen in den sogenannten »multikulturellen Diskurs«, einschließlich dessen Schattenseite, den Neorassismus.

Soziale Kriege

Wie und warum sich die Welt national ausgerichteter Kapitale, Arbeiterbewegungen, sozialstaatlicher und regulatorischer Bürokratien und makroökonomischer Steuerung in eine Welt des globalen Kapitals mit Rudimenten eines globalen Staats verwandelte, ist eine komplexe Geschichte. Wir können mit den Einsichten von Karl Marx und Karl Polanyi in die widersprüchliche Natur von Arbeit und Land beginnen. Für Marx bedeutete »Arbeit« sowohl Arbeiterbewegung als auch »Produktionsfaktor«; für Polanyi bedeutete »Land« sowohl Gemeinwesen als auch »Grundstück«. Moderne Ökologen fügen hinzu, daß »Ökologie« sowohl ökologische Bewegungen wie »natürliche Systeme« bedeutet und »Umwelt« sowohl Lebensumfeld als auch »Ressource«. Diese unterschiedlichen Begriffsverwendungen entsprechen der Auffassung der Geographen und Anthropologen vom »Raum« als physischem Ort, mentaler Karte, Landstrich und auch dem verbalen Glitzer von Einkaufszentren und Boulevards. Für kritische Politikwissenschaftler bedeuten »Demokratie« und »Bürger« sowohl die Macht des Volkes wie auch »Repräsentation«, »Wählerschaft« und »Steuerzahler«. Prozedurale und substantielle Demokratie und Rechtsverhältnisse bilden ebenfalls einen Widerspruch, trotz der größten Anstrengungen der konservativen Rechtstheoretiker, sie auseinanderzuhalten bzw. letztere davon abzuhalten, erstere zu unterwerfen. Historiker würden einwerfen, daß der Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts eine Geschichte nationaler Rivalitäten und Eroberungen, Aufteilungen, Annexionen, Kolonisierungen, Massenmorden und Kriegen ist - und ebenso von kolonialistischen und neokolonialistischen Kämpfen, Forderungen nach Heimat, bürgerlichen Rechten und Freiheiten. Kurz, auf verschiedenen Ebenen der Abstraktion und der theoretischen und politischen Praxis sind Gebrauchs- und Tauschwert zuinnerst wenn auch widersprüchlich miteinander verknüpft, mögen Kapital und Staat noch so heftig versuchen, sie auseinanderzuidividieren und den Gebrauchswert dem Tauschwert zu unterwerfen. Im Durcheinander des 20. Jahrhunderts können zwei allgemeine Typen von Kämpfen unterschieden werden: erstens der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit um die Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft, theoretisch gefaßt von Marx, Engels und Generationen sozialistischer Denker; zweitens der politische Kampf zwischen Staat und »Gemeinwesen« über die Kontrolle des Landes, auf den Begriff gebracht von Kropotkin und den Anarchisten, einer heterogenen Gruppe von Führern aufständischer und anticolonialistischer Bewegungen, sowie gegen Ende des Jahrhunderts von Theoretikern der Umweltbewegung und des »Urbanen«. Der Kampf um Land und »Raum« hat viele Formen, zu ihm gehören die politische Mobilisierung von und

Spannungen zwischen tribal, ethnisch und sprachlich definierten Gruppen sowie antikolonialistische, Umwelt- und städtische Bewegungen.

Der moderne Sozialismus gewann seine Gestalt, als das Kapital den unmittelbaren Produzenten die Kontrolle über die Arbeit entriß; der Anarchismus entfaltete sich, als Staat und Kapital den autonomen lokalen Gemeinwesen das Land abnahmen (und verband sich in den romanischen Ländern, besonders in Spanien, mit dem Syndikalismus); Nationalismus, Populismus und die Kämpfe der einheimischen Völker im Süden entbrannten, als imperialistische Mächte die Gebiete tribal, ethnisch und sprachlich definierter Gruppen eroberten. Sowohl der Sozialismus als auch die Spielarten des Anarchismus wurden im 19. Jahrhundert im Westen geboren, verbreiteten sich in den folgenden anderthalb Jahrhunderten um die Welt und starben in ihrer traditionellen Form im späten 20. Jahrhundert. Mit der Entfaltung der neuen sozialen Bewegungen in den sechziger Jahren - zum Teil veranlaßt durch die sich verschlechternden Lebensbedingungen - bildeten sich zwei typische Formen von Politik heraus: die Identitätspolitik und die Politik des Lokalen. Darauf folgten, zum Teil inspiriert durch diese Bewegungen und mit ihnen auf komplexe Weise verwoben, verschiedene Versuche, Sozialismus und Anarchismus in neuen Ansätzen radikaler Politik aufzuheben, die vom Arbeitsplatz und von der Arbeit, vom Land und von den »Gemeinwesen« ausgingen: eine Politik, die Elemente der sozialistischen wie der anarchistischen Tradition enthielt, doch keines von beiden war und schließlich als rot-grüne Politik bezeichnet wurde. Unterdessen wurde der Nationalismus zunehmend reaktionär, die nationalistischen Führer wiesen seltener einen Weg in die Zukunft als daß sie versuchten, eine imaginäre Vergangenheit zu simulieren und sich dabei auf neue und alte kulturelle und sprachliche Identitäten zu stützen.

Ein dritter Kampf zementierte oder verknüpfte vielmehr in komplizierten politischen Formen die ersten beiden Konflikte: der Kampf zwischen Rechtspersonen auf der einen und Kapital und Staat auf der anderen Seite - wobei es um politische, soziale und Menschenrechte (z.B. Bürgerrechte, Rechte der Frauen, soziale Gerechtigkeit usw.) ging.

Im 20. Jahrhundert verwoben sich diese drei Kämpfe auf verschiedene Weise miteinander, standen gelegentlich auch gegeneinander, je nach Zeit, Ort und historischem Kontext, wodurch auch obskure Ideen plausibel wurden. So gab es faschistische Spielarten, etwa in Nazideutschland, wo das Land »heiliger Boden« und die Arbeitskräfte »arische Übermenschen« waren und der Nationalsozialismus die politischen Rechte abschaffte. Im Süden gab es linke und reaktionär-nationalistische Varianten, im Westen sozialdemokratische. Die gesellschaftlichen Konflikte artikulierten sich gelegentlich in transparenter Form, etwa in der amerikanischen Bürgerrechts-

bewegung der fünfziger und sechziger Jahre, ein Kampf, bei dem es um politische und bürgerliche Rechte in einer rassistischen Gesellschaft ging. Manchmal entzogen sich dies Konflikte einem einfachen Verständnis: In den kapitalistischen weißen Siedlerländern wie Israel und Südafrika drehen sich die Kämpfe der Palästinenser und der schwarzen Afrikaner gleichermaßen um »Rassenfragen« wie um Arbeitsbedingungen, um politische Rechte ebenso sehr wie um das Land: extreme Beispiele für die ungleiche Entwicklung gesellschaftlicher Konflikte und deren wechselseitiger Verflechtung. In Lateinamerika war Fidel Castro Nationalist und Kommunist zugleich; Juan Perón und Gétulio Vargas waren Nationalisten und Kapitalisten; Lázaro Cárdenas war ein Nationalist und Populist; José Carlos Mariátegui gründete die Kommunistische Partei Perus mit dem Ziel, Land, Arbeit und Kultur der indigenen Völker zu verteidigen.

Überall bewegten die Themen Arbeit und Land die großen Reformer und Revolutionäre des 20. Jahrhunderts und verknüpften sich auf komplexe und widersprüchliche Weise mit den mächtigen Strömungen von kapitalistischer Akkumulation und Krise, der Entwicklungslogik bürokratischer Staaten und einem Subtext feindseliger und oft gewalttätiger Beziehungen zwischen Staaten: die wichtigsten Beispiele sind die Weltwirtschaftskrise und die faschistische Epoche, die Weltkriege, die Nord-Süd-Kluft der Nachkriegsperiode und der Kalte Krieg.

Um was es sich bei diesen Verknüpfungen genau handelte, ist theoretisch nicht zufriedenstellend geklärt worden. Marxisten und Sozialisten untersuchten Kapital und Arbeit, Polanyianer Kapital und Gemeinwesen. Feministinnen problematisierten die Geschlechterverhältnisse; Linksweberianer konzentrierten sich auf Staat und Zivilgesellschaft; Dritte-Welt-Nationalisten und Marxisten schrieben über Nationalismus und nationale Befreiungskämpfe und Populisten über Populismus. Nicht nur die Komplexität der Fragen und der opake Charakter der Geschichte, sondern auch die Spezialisierung von Gesellschaftstheorie und Geschichtswissenschaft scheinen totalisierende Ansichten des 20. Jahrhundert nicht mehr zuzulassen, besonders seit der großen Wasserscheide des Ersten Weltkriegs. Aufgrund dieser Spezialisierung bleibt die Art und Weise, wie sich die verschiedenen gesellschaftlichen Konflikte miteinander sowie mit dem Kapital und dem System der Nationalstaaten überkreuzten, schwer nachvollziehbar. Selbst die Arbeiten der gebildetsten Köpfe in der englischsprachigen Welt, Immanuel Wallerstein in den USA und Perry Anderson in Großbritannien etwa, die neue Wege aufgezeigt haben, wie über die Moderne und das 20. Jahrhundert nachzudenken sei, weisen schwerwiegende Auslassungen und Schwachstellen auf. Es ist durchaus möglich, daß diese Überkreuzungen von Bewegung und Prozeß, Struktur und Funktion nie transparent werden,

wenn man berücksichtigt, daß sich die meisten kritischen Wissenschaftler von den Problemen von Arbeit, Kapital und politischen Rechten im traditionellen Sinne abgewandt haben und sich jetzt vor allem mit Ökologie, mit den Geschlechterverhältnissen, mit Ethnizität und »Rasse«, mit der Politik des Körpers, der Sexualität und der Kultur beschäftigen und Vorbehalte haben, erneut »Großtheorien« über das 20. Jahrhundert zu produzieren.

Drei Welten, drei Bewegungen

Im 20. Jahrhundert forderte die Arbeiterklasse eine Ausweitung der Demokratie und betrachtete die soziale Wohlfahrt als öffentliche Aufgabe. Doch sprach sie weniger mit ihren eigenen Stimmen als vielmehr durch jene der Reformer und Revolutionäre, die sie »repräsentierten« und die zutiefst »ökonomistisch« waren. Die Führer der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen im Westen, der kommunistischen Bewegungen im Osten und der radikal-nationalistischen im Süden priesen die Massen - und betrachteten die Entwicklung der Produktivkräfte, die Umverteilung des Einkommens und die materielle Wohlfahrt als die entscheidenden Punkte.

Im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts erhielten die nationalen Führer der sozialdemokratischen, kommunistischen und nationalistischen Parteien Zugang zu Macht und Privilegien. Der Preis, den sie zu zahlen hatten - oder besser gesagt, der Preis, den sie die Arbeiterklasse zahlen ließen - war die Aufgabe der Klassenpolitik. Die Kämpfe zur Erreichung politischer *Ziele* wurden als mehr oder weniger abgeschlossen betrachtet (die linke Variante der These vom »Ende der Geschichte«), und die Politik wurde zum *Mittel*, um wirtschaftliche und soziale Forderungen durchzusetzen. Die politischen Parteien der Arbeiterklasse verwandelten sich in Parteien nationalstaatlicher Herrschaft und wurden zum linken Flügel des Establishments oder zu diesem selbst. Als Pflicht des Staates wurde die Ausweitung der Beschäftigung und der öffentlichen Wohlfahrt definiert; als bürgerliche Tugend galt die Umverteilung der Einkommen; Freiheit war Freiheit von Mangel durch die Wahlmöglichkeiten im Konsum. Die Korruption wurde demokratisiert, und ein gefügiges Massenpublikum (soll heißen »Proletariat«) lebte in der einen oder anderen Wohlfahrtsnische, die von Staat, Partei und Gewerkschaftsbürokratie verwaltet wurde.

Der Höhepunkt der Wohltatengesellschaft, der soziale Wohlfahrtsstaat, war in den fünfziger und sechziger Jahren erreicht - einer Zeit relativ starken globalen Wirtschaftswachstums, in der das Establishment »liefern« konnte. In den späten siebziger und in den achtziger Jahren, einer Periode verstärkter ökonomischer Krisentendenzen, fielen die meisten sozialdemokratischen, kommunistischen und nationalistischen Parteien sowie die Re-

gierungen, die sie gebildet hatten, Michels »ehernem Gesetz der Oligarchie« zum Opfer. Die britische Arbeiterbewegung schoß sich in den Fuß, der Sowjetkommunismus in den Kopf. Der linke Nationalismus Salvador Allendes in Chile wurde umgebracht. Von Indien über Australien und Neuseeland bis hin zu den großen Staaten Lateinamerikas und den meisten west- und osteuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten formierten sich die sozialdemokratischen, kommunistischen und populistisch-nationalistischen Parteien neu, um den harten Anforderungen der globalen Ökonomie der achtziger und neunziger Jahre standzuhalten. Sie wurden nun selbst zu Parteien der rechten Mitte oder wurden durch jene, die dort schon saßen, ersetzt oder schlichtweg zerstört.

Machtgewinn und schließlich Machtverlust der nationalen Arbeiterklassen und das Verhältnis dieser Vorgänge zu Aufstieg und Niedergang von nationalem Kapital und Bürokratie verdienen eine genauere Untersuchung. Terence K. Hopkins hat bemerkt, daß sich aus den sozialen Auseinandersetzungen, die im 19. Jahrhundert Gestalt annahmen, vor allem drei Bewegungen entwickelt haben: im Westen die Sozialdemokratie, im Süden anti-imperialistische und nationalistische Strömungen, im Osten (der UdSSR) der Kommunismus. Die Unterschiede zwischen diesen drei Bewegungen waren ebenso groß wie ihre Ähnlichkeiten (wurden allerdings viel stärker beachtet). Verschieden waren auch ihre Ergebnisse. Es verblüfft allerdings, daß fast alle Spielarten dieser drei Bewegungen zwei wesentliche Merkmale miteinander gemein hatten.

Das eine war eine nationalistische Perspektive, etwa in der britischen Arbeiterbewegung, im peronistischen Nationalismus und im sowjetischen »Sozialismus in einem Land«. Der Grund dafür ist, wie Michael Mann und andere gezeigt haben, daß die Arbeiterklassen des 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des Wachstums und der Konsolidierung nationaler Bürokratien, Ideologien und nationaler ökonomischer und politischer Rivalitäten selbst als nationale Einheiten entstanden sind. Während der Welthandel im 19. Jahrhundert stetig an Umfang gewann und die nationalen Führer die Exporte als »Motoren des Wachstums« betrachteten, waren die Märkte und Investitionen von ihrer Dimension her vorwiegend national und von ihrer Zielsetzung her nationalistisch oder imperialistisch bestimmt.

Bis in die fünfziger Jahre waren die direkten Auslandsinvestitionen und die Internationalisierung des produktiven Kapitalkreislaufs kaum entwickelt und noch geringer war die gegenseitige Abhängigkeit von Kapitalien verschiedener Länder im Hinblick auf Zulieferungen und Märkte. Obendrein waren die Finanzmärkte bis zur informationstechnologischen Revolution und der Explosion der Kreditmärkte ab Mitte der siebziger Jahre nicht wirklich global (und konnten dies auch nicht sein).

Während des 20. Jahrhunderts war die herrschende Konfiguration politischer Kräfteverhältnisse national - Kapital, Arbeit, Gewerkschaften und politische Parteien - sowie kolonialistisch und neokolonialistisch. Die Kranken und Kriegsversehrten, die Alten und Arbeitslosen, die Armen und Obdachlosen, sie alle setzten ihre Hoffnungen auf nationale Gewerkschaften, Parteien und Bürokratien (oder religiöse und andere intermediäre Gruppierungen), nicht auf internationale soziale oder politische Bewegungen. Dies galt für den Westen. Im Süden und Osten versuchten die politischen Klassen, eigene nationale und regionale Märkte zu entwickeln indem sie ihre Ökonomien vom Industrie- und Finanzkapital des Westens abschotteten und auf nationalistische Entwicklungsstrategien, setzten. So gab es bis zum Zeitalter des globalen Kapitalismus in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts trotz ideologischer Herausforderungen durch die verschiedenen sozialistischen und kommunistischen »Internationalen« keine »Arbeiterklasse« per se, sondern »französische Arbeiter«, »mexikanische Arbeiter«, »russische Arbeiter« usw. Die Klasse, die nach Marx und Engels am stärksten internationalistisch sein sollte, war die nationalistischste. Die Begründer des »wissenschaftlichen Sozialismus« hatten nämlich die Probleme vernachlässigt, die Anarchisten, Populisten und Nationalisten auf ganz unterschiedliche Weise als zentral betrachteten: die »Gemeinschaft«, die Bildung einer Nation bzw. nationaler Identität.

Das zweite wesentliche Merkmal der sozialdemokratischen, kommunistischen und nationalistischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts war, daß sie drei verblüffend ähnliche Forderungen aufstellten. Die erste war die nach Vollbeschäftigung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten, anständigen Arbeitsbedingungen und Sozialstaatlichkeit. Dabei gingen diese Bewegungen die unterschiedlichsten Bündnisse ein: mit Kleinunternehmern und Farmern (wie in Roosevelts zweitem New Deal), mit Großgrundbesitzern der herrschenden Klassen, die sich weniger um die Disziplin am Arbeitsplatz sorgten als um die gesellschaftliche Ordnung im allgemeinen (Deutschland im 19. Jahrhundert; die »Tory-Reformen« in England); oder mit industriellen Bourgeoisien, die den einheimischen Markt gegen ausländisches Kapital verteidigen wollten (Vargas in Brasilien, Nehru in Indien); im Osten schließlich (im Machtbereich der UdSSR) wurde die Organisation der Arbeiterschaft von den Parteifunktionären durchgeführt. So ging es den Arbeiterbewegungen, im Gegensatz zu ihren Vorläufern im 19. Jahrhundert, immer weniger um die Kontrolle von Arbeit und Produktion, sondern zunehmend um ökonomische Fragen im engeren Sinn. In diesem begrenzten Sinn wurden die Arbeiter »verbürgerlicht«, einigen Autoren der fünfziger und sechziger Jahre zufolge fast zu bloßen »Konsumenten«. So unterschiedliche nationale

Entwicklungsmodelle wie das italienische »Wirtschaftswunder« der Nachkriegszeit, Stalins gewaltsame Industrialisierung nach Plan und Perons Industrialisierung qua Importsubstitution mobilisierten die Arbeiterklassen für mehr oder weniger dieselben ökonomischen Ziele.

Die nächste Forderung ist schwieriger zu definieren. Sie war auch politisch problematischer, da sie allzu oft mit Rassismus verbunden wurde, je nachdem, ob die Rolle des Staates und der kapitalistischen Ökonomie die linke oder die rechte Spielart förderte oder auch beide. Es ging, grob gesagt, um die Rechte von Gemeinwesen, um gute Wohnungen und Kündigungsschutz sowie um die »Identität« von Gemeinschaften, um Sicherheit vor den periodischen Spekulationsbewegungen des Kapitals auf dem Grundstücksmarkt und den damit einhergehenden Veränderungen des Lebensumfelds. Gelegentlich war diese Forderung über Gewerkschaften und Parteien verknüpft mit Fragen der Entlohnung und sozialen Sicherheit (Sozialwohnungen, Steuerentlastungen), doch diese »Bewegung« (wenn dies das richtige Wort ist) stellte auch einen eigenständigen Kampf um den Raum dar, etwa um »lebenswerte« Straßen, selbstbestimmte *barrios*, lokale Kunst- und Theaterprojekte, Rotlichtbezirke, Hippie-Viertel - alles Formen differenzierter urbaner und suburbaner Räume, die schließlich als unregierbare politische Gärten in den Weltstädten des 20. Jahrhunderts erblühten.

Die Kommune von Barcelona in den 30er Jahren war (wie ihre Vorgängerin, die Pariser Kommune) das extreme, anarchistische Beispiel für den Kampf um Raum und politischen und kulturellen »Sinn« ebenso wie um ökonomische Freiheit. In den USA drückten populistische urbane Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre (»Rettet unseren Stadtteil/ unseren Block/ unser historisches Gebäude«) und die Umweltbewegungen der späten siebziger und achtziger Jahre (»Rettet unsere Landschaft/ unser Farmland/ unser Grundwasser«) dasselbe allgemeine Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität des Lebensumfelds aus. Gegen Ende des Jahrhunderts sind die Kämpfe um »Land« und »Raum« zwar nicht universell, jedoch in vielen Ländern der Erde alltäglich geworden (»Rettet den Amazonas/ die alten Bäume/ das Dorf/ die Eingeborenen/ den öffentlichen Markt«). Zu diesen Themen haben Anarchisten, Populisten und Grüne mehr zu sagen als Sozialdemokraten, Nationalisten und Kommunisten. Auf einer anderen Sinnenebene verlangten im Norden, Süden und im Osten Millionen von Stimmen »Rettet unsere Nation und unsere nationale und kulturelle Identität«. Eine dritte Forderung, der Zement, der die Kämpfe um Ökonomie, Gemeinwesen und Nation zusammenhielt, war die nach Bürgerrechten oder, umfassender, Menschenrechten. Während des ganzen Jahrhunderts gab es in den meisten Ländern eine kausale Beziehung zwischen dem Kampf um die Erweiterung der Bürgerrechte und der bürgerlichen Freiheiten, dem

Antikolonialismus und anderen spezifischen politischen Forderungen auf der einen Seite und dem Kampf um Löhne und Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, um das »Land« und die Ansprüche der »Gemeinwesen« auf der anderen Seite. In den politischen Kämpfen wurden Forderungen nach materiellen Verbesserungen genauso artikuliert wie spezifisch politische Zielsetzungen. Umgekehrt waren materielle Verbesserungen und die Sicherheit des Lebensumfeldes eigenständige Ziele und zugleich Mittel in den politischen Auseinandersetzungen.

Die Formen dieser Bewegungen und ihre Resultate verknüpften sich in bestimmten Weisen, die theoretisch nie systematisch erfaßt wurden. In verschiedenen Regionen der Welt nahmen sie unterschiedliche Gestalten an: in den Ländern des Westens erschienen sie als Kampf um Bürgerrechte und -freiheiten; im Süden als Antikolonialismus, nationale Befreiungskriege und nationale Wirtschaftsentwicklung; im Osten als »Diktatur des Proletariats« und als Aufholjagd mit dem Westen unter Aufsicht des Partei Staates, der sich an die Stelle der liberalen Zivilgesellschaft setzte. Alle drei Bewegungen waren auch in den jeweils anderen präsent, gelegentlich an hervorragender Stelle. Im Westen bemühten sich die Regierungen um Wirtschaftswachstum und die Staaten intervenierten in die Zivilgesellschaft, die sie zugleich mitschufen. Im Süden war der Kampf gegen den Kolonialismus nicht nur geprägt von den am Staat orientierten ökonomischen Entwicklungsmodellen, sondern auch von den Kämpfen um bürgerliche Rechte und Freiheiten. Im Osten gab es Aufstände in den sowjetischen Satellitenstaaten und Demokratiebewegungen in der UdSSR, ebenso wie nationale und regionale Wirtschaftsplanung und Entwicklung.

Entspannung und Arrangement

In allen drei Regionen kam es in den fünfziger Jahren, auf den Trümmern des Krieges und der Kolonialreiche, zur »Entspannung« und zu Arrangements zwischen nationalem Kapital und Arbeitern im Westen und Süden und zwischen Parteistaat und Arbeitern im Osten. Diese Arrangements wurden möglich, weil die reformistischen und revolutionären Bewegungen ökonomistisch waren (eine Tatsache, zu deren Erklärung den »Ausverkauf« von Arbeiterinteressen betreibende politische und gewerkschaftliche Führer herangezogen wurden, desgleichen der Niedergang der Abwehrkämpfe fachlich qualifizierter Arbeitskräfte und Handwerker, die eine »moralische Ökonomie« verfochten und damit auf der Verliererseite standen, sowie die Macht des Konsumismus und andere Ursachen). Forderungen aus dem »Volk« konnten im Rahmen des politischen Diskurses kapitalistischer, nationalistischer und staatssozialistischer Entwicklung verar-

beitet werden. Im Westen wurden die ökonomischen Konflikte in die nationalen politischen Parteien gelenkt und normalerweise von diesen auch gelöst; im Süden wurde diese Doppelfunktion von national orientierten Diktaturen (Vargas' Brasilien) oder Einparteiensystemen erfüllt (der mexikanischen PRI oder der indischen Kongreßpartei) Im Osten versuchte der Parteistaat im Namen des Proletariats, beide Funktionen auszuüben. Wenn die politischen Systeme dort diese Leistung nicht erbrachten, wurde Gewalt eingesetzt.

Diese sozialdemokratischen, kommunistischen und nationalistischen Machtssysteme waren relativ stabil, solange zwei Bedingungen erfüllt waren. Erstens mußten die nationalen Ökonomien wachsen, damit die Konflikte um die Verteilung von Reichtum und Einkommen in vernünftigen Grenzen gehalten werden konnten. Im Westen gab es den Nachkriegsboom; im Osten kam es nach dem Krieg zu einer raschen Industrialisierung und Wohnungen, medizinische Versorgung und Bildung wurden subventioniert; im Süden verlief die Industrialisierung über Importsubstitution, und die städtischen Bourgeoisien und Arbeiter verbündeten sich auf Kosten der Großgrundbesitzer und Bauern: all dies erfüllte bis in die späten siebziger Jahre auf je eigene Weise ganz oder teilweise jene erste Bedingung (in vielen Ländern des Südens allerdings nur bis in die frühen sechziger Jahre).

Die zweite Bedingung war, daß die Zivilgesellschaft - die überall vom Staat geformt und umgeformt wurde, die im Westen gezähmt, im Osten unterdrückt und im Süden den nationalen Entwicklungsplänen unterworfen wurde - die spezifisch sozialen Forderungen unter Kontrolle hielt. Diese Forderungen sind qualitativer Natur und waren deshalb nicht ohne weiteres mit Mindestbedingungen zu verknüpfen. Beispiele sind die Friedensbewegung, die Frauenrechtsbewegung und der Feminismus, die Kämpfe unterdrückter Minderheiten, Umwelt-, Schwulen- und Gesundheitsbewegungen. Diese »neuen sozialen Bewegungen«, die häufig den Ökonomismus der traditionellen Linken und der Arbeiterbewegungen in Frage stellten; die schon seit dem 19. Jahrhundert embryonal entstanden waren und die sich um »Produktionsbedingungen« (Marx) bzw. um »Land und Arbeit« (Polanyi) organisierten, stürmten zu Beginn der langen ökonomischen Krise des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts die Bühne und schwächten die etablierten politische Systeme, die sich daraufhin zum Teil selbst zerstörten. Die Hauptgründe dafür waren, daß diese Systeme in einer Zeit geringen Wirtschaftswachstums die konfligierenden ökonomischen Forderungen nicht mehr verarbeiten konnten und auch nicht in der Lage waren, mit den qualitativen Forderungen der sozialen Bewegungen umzugehen, die »Nullsummenspiele« darstellten (Abtreibungsrecht; Gleichstellungspolitik; Kämpfe um den städtischen Raum und die Umwelt). Im letzten Jahrzehnt des

Jahrhunderts war man immer weniger in der Lage, auch nur symbolische Gewinne zu erzielen, und »ineffiziente Politik«, »korrupte Politiker« sowie »Ausländer« und »Einwanderer« wurden für alle möglichen sozialen und wirtschaftlichen Übel verantwortlich gemacht.

Wie kam es zu diesem umfassenden Verlust politischer Legitimität und zur »Unregierbarkeit«? Und in welcher Beziehung standen die Friedensabkommen und Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit - und Staat und »Gemeinwesen« - zur Verlangsamung des globalen wirtschaftlichen Wachstums im letzten Viertel des Jahrhunderts? Versucht man, darauf einige vorsichtige Antworten zu geben, muß man noch einmal die Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts ins Auge fassen.

Überall auf der Welt waren die ersten Gewerkschaften zum einen Organisationen von Facharbeitern oder Handwerkern und tauchten in der Rohstoffindustrie, im Transportwesen und im Handel auf. Die ersten in der Arbeiterschaft wurzelnden politischen Parteien wurden von qualifizierten Arbeitern organisiert oder geführt - die britische Labour Party, die französischen Sozialisten, die deutschen Sozialdemokraten, Lenins Bolschewiki und die amerikanische Socialist Party. Die Industriearbeiter in der Holzindustrie, im Bergbau und im Transportwesen waren häufig anarcho-syndikalistisch oder anarcho-kommunistisch, weil ihre Arbeit eng mit dem Land verbunden war oder weil die Industrie lokalen Charakter hatte. Während der Kriegsmobilisierungen, den Börsenkrächen und den Wirtschaftskrisen wurden die auf den qualifizierten Arbeitern gründenden linken Parteien umgangen oder von innen heraus reformiert und dann neu konstituiert - und zwar auf der Basis des von der italienischen Linken in den sechziger Jahren so genannten »Massenarbeiters«, der die fachlich qualifizierten Arbeiter als dominante Produktivkraft ersetzt hatte. Diese qualifizierten Arbeiter behielten um die Mitte des 20. Jahrhunderts zwar auch über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus Einfluß in den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Arbeiterparteien, doch nun stellte der »Massenarbeiter« die breite Basis der Gewerkschaften und der Linksparteien im Westen und in vielen Ländern des Südens dar. Der Klassenkampf verwandelte sich: War er einst Abwehrkampf qualifizierter Arbeiter, der in wirtschaftlich schwierigen Zeiten geführt wurde, um zu verteidigen, was noch vor der »reellen Subsumtion« der Arbeit unter das Kapital erreicht war, so wurde er nun zu einem offensiven Kampf um einen Teil der Produktivitätsgewinne, um wirtschaftliche Sicherheit, um Wohlfahrt und um ein stabiles Gemeinschaftsleben. Die Standardisierung der Tarifverhandlungen und die Universalisierung der sozialen Sicherung verlangte einen interventionistischen Staat, der französischen Regulationsschule zufolge sogar einen neuen Modus sozialer, politischer und ideologischer Regulation.

Die sozialdemokratischen und die einem »New-Deal« verpflichteten Regierungen, die in den westlichen Ländern bis in die späten siebziger Jahre an der Macht waren (in Schweden bis 1989), organisierten eine Art Entspannungsabkommen zwischen nationalem Kapital und Arbeit, dessen Einzelheiten von den jeweiligen nationalen und regionalen Traditionen abhingen. Während diese Arrangements von Land zu Land verschieden waren, und obwohl das Kapital seine Verpflichtungen aus diesem Handel in unterschiedlichem Maße erfüllte, hörte der Staat allenthalben auf, bloß der »geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klasse« zu sein. Statt dessen wurde er zum Staat in der kapitalistischen Gesellschaft - und gleichzeitig auch kapitalistischer Staat. Die Funktionen der staatlichen Bürokratie vervielfältigten sich: sie wurde nun verstärkt zur Regulierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit herangezogen. Diese Arrangements nahmen verschiedene Formen an: In Großbritannien organisierte die Labour Party das Abkommen selbst; in Deutschland erarbeiteten korporatistisch gefaßte Spitzenverbände Kompromisse im Hinblick auf Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit; in Frankreich zwang der Staat das private Kapital, Aufgaben der sozialen Sicherung zu übernehmen; in den USA ratifizierten und finanzierten die Regierungen der Demokraten wie der Republikaner normalerweise die Abkommen, die vor allem zwischen der Großindustrie und den mächtigen Gewerkschaften getroffen wurden.

In den größeren Ländern des Südens wurde eine andere Form des Kompromisses gefunden: nationale Wirtschaftsentwicklung nach dem Modell der Industrialisierung qua Importsubstitution. Diese Spielart binnengerichteter Entwicklung, die aus dem 1. Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise stammt und im 2. Weltkrieg florierte, war in den fünfziger Jahren das ökonomische Evangelium des Südens. Sie wurde möglich aufgrund politischer Bündnisse zwischen aufsteigenden nationalen Bourgeoisien, Arbeitern und nationalistischen Intellektuellenschichten - gegen das ausländische Kapital, lokale Beutekapitalisten, Rohstoffexporteure, Landbesitzerklassen und, in vielen Ländern, die Bauernschaft. In Argentinien nannte man es »Peronismo«, in Mexiko »Cardenismo« und in Indien »Nehru-Modell«. Die postkolonialen Regierungen erhöhten die Zollbarrieren und beschränkten die Importe von Konsumgütern aus dem Westen, rationierten die Devisen für den Kauf notwendiger Kapitalgüter, mobilisierten die beschäftigungslosen Arbeitskräfte auf dem Land und subventionierten den Mindestbedarf der Arbeiterklasse - Lebensmittel, Wohnungen, Brennstoff, Verkehrsmittel. Die Industrie florierte auf Kosten der Landwirtschaft, und die städtischen Arbeiter profitierten auf Kosten der ländlichen Gebiete.

Mit Beginn der sechziger Jahre begann sich das Modell der Importsubstitution selbst zu zerstören. Die Länder, die diesen Weg beschritten hatten,

litten zumeist unter Korruption und mußten feststellen, daß sie mehr und nicht weniger Devisen einsetzten, um die Kapitalgüter zu importieren, die sie zur Produktion der Konsumgüter brauchten. Sie stellten ebenfalls fest, daß ihre Binnenmärkte nur beschränkt funktionsfähig waren, weil man es nicht geschafft hatte, Agrarreformen durchzuführen. Eine Welle von Militärputschen, die von den USA (d.h. dem CIA) vor dem Hintergrund des Kalten Krieges ermutigt oder angestiftet wurden, überschwemmte den Süden, und die vorübergehende Allianz von lokalem Kapital und Arbeit wurde beiseitegefegt. In Indonesien war die Ermordung von armen Bauern und Kommunisten und die Entmachtung Sukarnos nach 1965 eine Art »funktionales Äquivalent« für die Zerstörung der Allianzen zwischen nationalem Kapital und Arbeit in Brasilien, Argentinien, Ghana und einem halben Dutzend anderer Länder Mitte und Ende der sechziger Jahre. Die lokalen Bourgeoisien wandten sich daraufhin dem ausländischen Kapital zu, besonders den multinationalen Konzernen der USA; Industrie und Landwirtschaft orientierten sich stärker am Export, und der Süden wurde fester in die herrschenden ökonomischen Strukturen des Westens integriert. Staatlicher und parastaatlicher Terror und Folter trugen dazu bei, dem Auslandskapital die Türen zu öffnen.

Der Geltungsbereich und die Grenzen dieser Modelle kapitalistischer Akkumulation können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Oligopolistische Industrien, sozialdemokratische Parteien und Industriergewerkschaften im Westen, nationalistische Planer im Süden und kommunistische Parteien/Staaten im Osten, jeweils mit eigenen Formen aufgeblähter Bürokratien, versuchten mit unterschiedlichem Erfolg, politische Macht über den Wert auszuüben, das Wertgesetz nach den selbstdefinierten Interessen der Nation, des nationalen Kapitals, nationaler Parteien und nationaler Arbeiterklassen zu regulieren. In jenen Ländern des Südens, die nach politischer Unabhängigkeit von den USA strebten, wurde dieses Projekt von der Sowjetunion unterstützt; im Osten und im Süden wurde es vom Westen, unter Führung der USA, hintertrieben. In dieser Phase der Geschichte des 20. Jahrhunderts brachten Imperialismus und anticolonialistische Kämpfe in Wechselwirkung mit dem Wertgesetz die globale Teilung der gesellschaftlichen Arbeit im Rahmen nationalstaatlicher Interessen hervor. Die Abkommen zwischen nationalen Bourgeoisien, Gewerkschaften und herrschenden politischen Parteien waren - im Verein mit dem technologischen Wandel, der Verbreitung des US-Konsumismus über den gesamten Globus und den Anforderungen des Weltmarkts - die wesentlichen Determinanten der Strukturierung industrieller und gesellschaftlicher Arbeit. Wohlfahrtsstaatliche Bürokratie, makroökonomische Fiskalpolitik, ein wachsender und schwerfälliger Regulationsapparat im Westen, nationali-

stische Entwicklungsplanung im Süden und zentralistische Planung im Osten waren alle viel zu träge gegenüber der Lichtgeschwindigkeit des Werts. In allen drei Teilen der Welt veränderte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklassen mit der Ausdehnung der staatlichen Planung, des öffentlichen Sektors und der sozialstaatlichen Systeme. Vor dem Hintergrund sinkender Wachstumsraten ab Mitte der 70er Jahre stellten diese Klassenzusammensetzung und die damit einhergehenden staatlichen Bürokratien und Wohlfahrtssysteme Barrieren für die kapitalistische Akkumulation dar. Dies galt in quantitativem wie qualitativem Sinne: quantitativ, insofern die sozialstaatliche Politik einen Teil des Mehrwerts an die Arbeiter, die Arbeitslosen, Kranken und Alten verteilte und durch oligopolistische Preisfestsetzung während der Rezessionen ineffiziente Unternehmen und Produktionssysteme über Wasser gehalten wurden; qualitativ, insofern die zunehmende Regulierung von Produktion, Verteilung, Handel und Konsum die Flexibilität des Kapitals beeinträchtigte. Darüber hinaus sahen sich die Industriearbeiter dank ihrer relativen Absicherung durch starke Gewerkschaften und staatliche Beschäftigungs- und Sozialpolitik dazu ermutigt, höhere Löhne und Zusatzleistungen, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen zu fordern - was sich in manchen Fällen, etwa in Lordstown und Turin zu einem »Kampf gegen die Produktivität« und, in letzter Konsequenz, gegen die Notwendigkeit der Lohnarbeit selbst ausweitete.

Je größer die Macht des Nationalstaates und der sozialen Klassen wurde, zu welcher der Staat selbst beitrug, desto langsamer wurde Wert produziert und zirkuliert, desto länger brauchte das Kapital für seinen Umschlag und die Realisierung weiteren Profits. Am zerstörerischsten für die Wertproduktion war der Staatssozialismus im Osten, wo Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzsicherheit und soziale Sicherung von der Wiege bis zum Grab als verfassungsmäßiges Recht galt; am wenigsten destruktiv war die Sozialdemokratie in all ihren Varianten im Westen, insbesondere in den korporatistischen Ökonomien Kontinentaleuropas. Die UdSSR, wo der Wohlfahrtsstaat die Gesellschaft am stärksten durchdrungen hatte, und die USA, wo (wie Bristow Hardin gezeigt hat) das Pentagon und der militärisch-industrielle Komplex das funktionale Äquivalent eines Wohlfahrtsstaates bildeten, stellten die zwei Extreme dar - was auch ein Grund dafür ist, warum der Kalte Krieg so verbittert geführt und die Einsätze so hoch waren. Der Süden war eine Art Zwischenzone: Die Planer der nationalen Entwicklung, die versuchten, wirtschaftliche und politische Strukturen des Neokolonialismus zu überwinden, erlaubten begrenzte Wertströme innerhalb der Nationalstaaten, viel weniger allerdings zwischen den Ländern.

In den 70er Jahren hemmte langsames Wirtschaftswachstum in allen drei Teilen der Welt die nationale und die globale Kapitalakkumulation. Die

Ölländer vervierfachten die Monopolrente, die sie für die Energie bezogen, die den Weltkapitalismus antrieb, und hielten damit vorübergehend den langfristigen Trend sinkender Ölpreise auf. Im Westen trieben starke Gewerkschaften und militantere soziale Bewegungen die Löhne und Sozialausgaben nach oben und trafen das Kapital damit ebenfalls an der Kostenseite. Konsum-, Umwelt- und andere Regulierungen ließen das Kapital noch unflexibler werden. Gleichzeitig litten die Chemie- und die Schwerindustrie unter einer Überkapazitäts- und Überproduktionskrise. Die antikolonialistischen Kämpfe erreichten ihren Höhepunkt. Die herrschenden Klassen in den großen kapitalistischen Finanz- und Industriezentren und die politischen Klassen in den bedeutenden Hauptstädten gerieten in Panik. Eine Kraft von außen war nötig, um die Stagnations- und Inflationstrends der siebziger Jahre zu brechen, und sie kam schließlich aus Japan und Ostasien.

Für und wider die Bürokratie

Das späte 20. Jahrhundert erlebte nicht nur den Niedergang des nationalen und den Aufstieg des globalen Kapitals, sondern auch die Auflösung und Neugestaltung nationalstaatlicher Bürokratien und den Niedergang nationalstaatlicher Planung im Westen, Osten und Süden. Die bürokratische Regulierung und Planung befruchtete zunächst die nationale Entwicklung; am Ende schwächte sie jedoch das nationale Kapital oder entzog ihm Ressourcen. Die lange Krise, die Mitte der 70er Jahre begann, war unter anderem ein Ergebnis des universellen Trends in Richtung Nationalismus und Bürokratisierung. Im Gegenzug schwächte die krisengetriebene Restrukturierung und Globalisierung des Kapitals die nationalen Arbeiterbewegungen, die sozialen Sicherungssysteme und die keynesianischen Regulationsinstanzen. Sie untergrub die von lokalen Gemeinwesen und eingeborenen Völkern ausgeübte Kontrolle über Land und Ressourcen und beschleunigte die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Deregulierung von Märkten. Das Finanzkapital, das national wie international Abnehmer für seine Kredite suchte, beschleunigte dieses Projekt noch. Schrumpfende Märkte, steigende Kosten sowie die japanische und ostasiatische Konkurrenz waren schmerzhaftes Stachel, die zur »Reform des Sozialstaats« und zum »Abbau von Defiziten« im Westen und zu »strukturellen Anpassungen« und »Schocktherapien« im Osten trieben. Dadurch wurde die globale Ausbeutungsrate gesteigert, die Kosten der natürlichen Elemente des Kapitals und dessen Umschlagszeit verringert und der Zugriff des internationalen Kapitals auf die Gemeingüter der Welt und die globale Arbeitskraft erweitert. Die Entwicklung der nationalen Bürokratie hatte vielfältige Ursachen. Eine wichtige Determinante des Wachstums der nationalen Bürokratien im 20.

Jahrhundert war der Aufstieg der Demokratie, am Arbeitsplatz, im Gemeinwesen und im öffentlichen Leben. Der wesentliche Grund für die verstärkte Forderung nach Partizipation und demokratischer Machtausübung war das Wachstum der Arbeiterklasse - jener Klasse, die am stärksten zur Demokratie neigte - und der Niedergang der alten Grundbesitzerklassen, die ihr am ablehnendsten gegenüberstanden. Dies galt für die alten europäischen Reiche (man denke an die englischen und preußischen Aristokratien) wie auch für den Süden und Osten (die landbesitzenden Klassen in Indien, Argentinien und Rußland). Arbeiter und Bürger, die sich soeben ihre Rechte verschafft hatten, später auch Frauen und unterdrückte Minderheiten, begannen, sozialen Status und wirtschaftlichen wie politischen Einfluß zu erringen. Verschiedene soziale Bewegungen nahmen an Stärke zu und vertraten ihre Forderungen: von der Ausweitung des Wahlrechts oder der Tarifautonomie über die Universalisierung der sozialen Sicherung bis hin zu lokaler Politik und der Zuschreibung von politischen »Identitäten«. Das Wort »Demokratie« verlor seine negative Konnotation im öffentlichen Diskurs; liberale und radikale Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalisten und politische Demagogen aller Schattierungen beanspruchten den Begriff für sich. Und die politischen Klassen taten es ihnen gleich. Wie durch Zauberkraft errang der »demokratische Kapitalismus«, ein Begriff, den frühere Generationen noch als Widerspruch in sich selbst betrachtet hätten, die vorherrschende Stellung im politischen Diskurs des späten 20. Jahrhunderts: »Freie Märkte« und »liberale Demokratie« paßten im herrschenden politischen Diskurs mühelos zusammen.

Während des gesamten 20. Jahrhunderts waren sich die herrschenden Klassen der Gefahr bewußt, daß von seiten der »Arbeit« und der »Gemeinwesen« um neue politische Rechte gekämpft wurde, um der Hülle liberaldemokratischer Institutionen Substanz zu verleihen - Institutionen, die eng definiert waren als demokratische Verfahren zur Wahl von Repräsentanten in gesetzgebenden Körperschaften. Im Lauf der Zeit (in den liberalen Demokratien vor allem während der Kriegsmobilisierung 1914-18 und 1939-45) kämpften Arbeiter, Kleinunternehmer und Landwirte erfolgreich um eine stärkere Vertretung in nationalen, regionalen und lokalen gewählten Körperschaften. Das gleiche galt für Frauen und unterdrückte Minderheiten, die um bürgerliche Rechte kämpften und sie häufig auch gewannen. Gleichzeitig erweiterten und stärkten die herrschenden Klassen die Bürokratien, die eben jene repräsentativen Institutionen schwächten.

Die staatlichen Bürokratien, die formell mit der Um- und Durchsetzung der von den gewählten Organen erlassenen Gesetze betraut waren, begannen ihrerseits zunehmend administratives Recht zu schaffen. Die Exekutive entwarf Haushalte, prägte die wohlfahrtsstaatliche Politik, regulierte die

Industrie, versuchte sich an Ansätzen einer makroökonomischen Planung und führte Krieg, alles im Namen des »wirtschaftlichen Wachstums«, »sozialer und politischer Stabilität« und unter dem Titel »nationale Sicherheit«. Diese Transformation der Bürokratie von einem die Gesetze ausführenden Organ zu einer de facto Gesetze erlassenden Instanz ging einher mit der Verwandlung traditioneller Arbeiterparteien in nationale Regierungsparteien.

In der Folge tat sich ein Widerspruch auf: Bürokratie und nationale Parteien schützten das Kapital vor der Macht der Arbeiter und zugleich die Kleinkapitalisten und Bauern vor den Verwüstungen, die Großunternehmen und Wertgesetz anrichteten. Die Führer der Mitte-Links-Parteien im Westen und Süden, die mit ihren jeweiligen Bürokratien zusammenarbeiteten, regulierten den Zugang des Kapitals zu den Produktionsbedingungen (Arbeit, Umwelt, Raum und Infrastruktur), die industriellen Beziehungen und die Lebensbedingungen der Arbeitslosen und Armen. Und sie implementierten immer extensivere, stärker eingreifende und kulturell lähmende Strategien der sozialen Sicherung.

Dies war möglich geworden, weil die Arbeiterklasse inzwischen hinreichend groß und gut organisiert war, um das Doppelproblem von sozialer Integration und legitimer staatlicher Herrschaft aufzuwerfen: die von Durkheim und Weber um die Jahrhundertwende aufgeworfenen klassischen Fragen.

In den führenden liberalen Demokratien entfaltete sich dementsprechend eine auf »Versöhnung« und Kompromiß ausgerichtete gesellschaftliche Ordnungspolitik. Durkheim und Léon Bourgeois in Frankreich, fabianischer Sozialismus, John Maynard Keynes und Lord Beveridge in Großbritannien, John Dewey, fortschrittlicher Liberalismus und Roosevelt in den USA sowie drei oder vier weitere Generationen von Sozialingenieuren und Politikern des gesellschaftlichen Kompromisses arbeiteten im Grunde am selben ökonomischen und sozialen Projekt. In Deutschland und Italien kam es erst Mitte der fünfziger Jahre, unter Aufsicht der Alliierten, zu einem derartigen gesellschaftlichen Arrangement. Im Süden erfüllten mächtige antikolonialistische nationalistische Ideologien mehr oder weniger ähnliche Funktionen, desgleichen die kommunistischen Ideologien im Osten. Die Kehrseite - weniger in den Demokratien, stärker ausgeprägt im Süden und vor allem im Osten - bestand darin, daß ökonomisches und soziales Management mehr Überwachung und Kontrolle der Arbeiter und Gemeinwesen erforderten und den Aufstieg neuer und umgestalteter disziplinarischer Wissenschaften wie Kriminologie, Sozialarbeit, Psychologie und Psychiatrie beförderten sowie der Bürokratie und der gesellschaftlichen Unterdrückung neue Dimensionen hinzufügten (wie Foucault so brillant gezeigt - und zu bekämpfen versucht hat).

Im Westen und im Süden wurden die nationale Bürokratie im allgemeinen und die neuen Schichten von Bediensteten und Klienten des Staates im besonderen zu den besten ökonomischen Freunden der Arbeiterklasse und zu den schlimmsten Feinden des Kapitals. Im Osten wurde der Parteistaat, der die wirtschaftliche und die politische Macht in denselben Händen vereinte, zu seinem eigenen tödlichen wirtschaftlichen und politischen Gegner. In allen drei Teilen der Welt bot der Staat ein mehr oder weniger großes Maß an wirtschaftlicher Sicherheit und Stabilität für Hunderte von Millionen Menschen und schützte die organisierten Arbeiterklassen vor den Böen des Weltmarkts und den Exzessen des Wertgesetzes. Immer zahlreichere Regelungen dehnten sich über immer mehr Bereiche des ökonomischen Lebens und der Verwertungsbedingungen von Arbeit und Land aus. Die makroökonomische Regulation im Norden, die nationale Entwicklungsplanung im Süden und die zentralistische Planung im Osten regulierten die nationalen Ökonomien. Die Bürokratien unterdrückten unabhängige Initiativen seitens der Arbeiter und der Gemeinwesen und hinderten zugleich das Kapital daran, sein Potential in der nationalen und globalen Ökonomie zu verwirklichen. Im Westen wurde die autonome Zivilgesellschaft verwaltet, im (einstigen) Osten abgeschafft und im Süden im Namen der »wirtschaftlichen Entwicklung« mobilisiert. Der entscheidende Punkt war, daß sowohl die kapitalistische Akkumulation als auch die demokratischen Impulse der Zivilgesellschaft zunehmend gehemmt wurden.

Die nationalstaatlichen Bürokratien entwickelten auch eigenständige Interessen. In den 70er Jahren, als sich das Wirtschaftswachstum verlangsamte und mehr demokratische Initiativen von unten aufkeimten, konnten immer weniger soziale Konflikte durch die liberaldemokratischen Parteien im Westen und die verschiedenen Formen autoritärer Parteiregime im Süden und Osten gelöst werden. Was einmal politische Probleme waren, die im Rahmen des Parteiensystems gelöst wurden, waren nun bürokratische und technokratische »Probleme«. Unter allen möglichen Vorwänden wurden staatliche Behörden eingesetzt, die aus keinem erkennbaren Grund wucherten. Bürokraten heckten verdeckte und offene Verfahren aus, wie sie sich der Kontrolle gewählter Organe entziehen konnten. Eine wachsende Zahl staatlich Beschäftigter stellte eigene ökonomische Forderungen auf, die indirekt zu Lasten des Kapitals gingen.

Die meisten Ökonomien der Welt wurden auf diese Weise stärker politisiert; zu Anfang der siebziger Jahre florierten die Theorien des »Staatskapitalismus«, des »politischen Kapitalismus«, des »Sozialstaates« und des »gemischten Wirtschaftssystems«. Der Staat schirmte die Arbeiterklasse und die Gemeinwesen von den sich sammelnden globalen ökonomischen Kräften ab, beschränkte die ökonomische »Freiheit« des Kapitals und ab-

sorbierte damit in unterschiedlichem Maße die Klassenkämpfe und die immanente Krisentendenz des Kapitalismus.

Eine der Antinomien des 20. Jahrhunderts bestand darin, daß Arbeiterklasse und lokale Gemeinwesen, indem sie ihr Vertrauen in den Staat als Verteidiger ihrer ökonomischen Interessen setzten, die Kämpfe um eine demokratische Zivilgesellschaft kurzschlossen. Die Arbeitskräfte wurden in ökonomisch relativ gesicherte »Produktionsfaktoren« verwandelt, Bürger in »Steuerzahler« und Familien in »Haushalte«. Die Bürokratie des 20. Jahrhunderts verdinglichte in wachsendem Maße Arbeit, Gemeinwesen und Staatsbürgertum - während sie das Kapital ökonomisch in die Schranken wies, enthumanisierte sie zugleich die Welt. Festgeschriebene bürokratische Regeln, die Trennung der bürokratischen Rollen von den sie ausfüllenden Individuen, utilitaristische Ideologien, der Triumph der instrumentellen Vernunft und die Reduktion des Individuums auf statistische Durchschnittswerte - theoretisch durchleuchtet von Lukács, der Frankfurter Schule, Herbert Marcuse sowie verschiedenen Linksweberianern, die auf die »symbolische Verwendung der Politik« hinwiesen - hemmten oder unterdrückten die expansiven Impulse des nationalen Kapitals und ebenso die in der Arbeiterklasse und den Gemeinwesen wurzelnden demokratischen Bestrebungen, die politische Identitäten in einer bürokratisierten und technokratischen Gesellschaft suchten.

Mitte der sechziger Jahre war die Bürokratie in vielen Ländern zum Symbol für mangelnde Demokratie, für Hierarchie, soziale Kälte und Ignoranz geworden. Die allgemein verhaßten Bürokraten wurden zunehmend als das Problem und nicht als die Lösung betrachtet. Die libertären Impulse, die von Reformern und Revolutionären, Studenten, Sozialstaatsklienten, unterdrückten Minderheiten, Frauen und anderen in den sechziger und siebziger Jahren artikuliert wurden, formierten sich zu einer antistaatlichen Protestbewegung mit globalen Dimensionen.

Millionen kämpften gegen die Verdinglichung der Gesellschaft und versuchten sich bewußt zu machen, daß sie zu den Urhebern des Laufs der Dinge zählten. Wie Wallerstein und andere gezeigt haben, war 1968 die große Wasserscheide: Individuen und soziale Bewegungen wandten sich gegen jene verdinglichten Staats- und Parteistrukturen sowie Disziplinarmechanismen, die in Jahrzehnten von Arbeitskämpfen und gesellschaftlichen Konflikten, von sozialer und ökonomischer Regulierung des Kapitalismus errichtet und gefestigt worden waren. Keine Institution - weder die Gewerkschaften, der Staat, die politischen Parteien, die Lokalregierungen oder auch nur die Familie - konnte sich vor der totalisierenden Kritik der Neuen Linken und der neuen sozialen Bewegungen sicher fühlen. Gefordert wurde die spontane und demokratische Zivilgesellschaft.

Die Sozialwissenschaftler der späten sechziger und siebziger Jahre stimmten darin überein, daß die Zivilgesellschaft durch öffentliche und private Bürokratien deformiert oder erstickt worden war. Radikale Geographen verwiesen auf den Niedergang des »öffentlichen Raums«. Die Poststrukturalisten machten neue Formen der Subjektivität und politischen Identität aus, die mit den etablierten Formen der »legitimen Herrschaft« nicht vereinbar waren. Foucault zeigte die Mikrostrukturen der Macht in den Krankenhäusern, Gefängnissen und Wohlfahrtsbürokratien auf. Macht wurde neu bestimmt als Prozeß, nicht als Produkt oder Struktur, also entdinglicht. Jürgen Habermas setzte der analytischen Logik der Verwaltung seine Theorie der kommunikativen Kompetenz und der diskursiven Vernunft entgegen. Feministische Theorie, antikolonialistischer Diskurs und multikulturalistischer Anarchismus forderten die »monologische Macht« in den Universitäten selbst heraus.

In derselben Periode nahmen im Osten und Süden die antibürokratischen Bewegungen andere Formen an: Maos »gelenkte« Kulturrevolution gegen die kommunistische Parteihierarchie, Allendes demokratisch gewählte sozialistische Regierung, Manleys demokratischer Sozialismus, Freiheitsbewegungen gegen den Parteistaat und der Prager Frühling, die ersten Regierungen von Glasnost unter Chruschtschow; eine neue Welle nationaler Befreiungsbewegungen in Mittel- und Südamerika, Südostasien und Afrika, die häufig von bürokratisierten Linksparteien bekämpft wurden, neue kommunitaristische Bewegungen in den Dörfern und Stadtvierteln des Südens und eine Wiederbelebung des anarchistischen Denkens.

Wider und für die Bürokratie

Während die sozialen Bewegungen die Bürokratien herausforderten und die Demokratisierung der Zivilgesellschaft anstrebten, wurden Finanz-, Industrie- und Handelskapital immer internationaler. Die Globalisierung des Kapitals vollzog sich vor dem Hintergrund sinkender Ausbeutungs- und Wachstumsraten, geringerer Renditen und verschärfter Konkurrenz. Die Ursachen dafür lagen in einer Reihe wirtschaftlicher, sozialer und politischer Veränderungen in den sechziger und siebziger Jahren. Die wichtigsten waren die Arbeiterbewegungen und die sozialen und nationalen Bewegungen selbst, die neuen Wohlfahrts- und Regulationsbürokratien und der Einsatz der überlegenen ökonomischen Feuerkraft des autoritären Kapitalismus asiatischer Spielart. Diese und verwandte Prozesse waren auf komplexe Weise miteinander verflochten; sie waren ebenfalls verknüpft mit der Entwicklung der Produktivkräfte durch das expandierende Kapital und dessen natürlicher Tendenz, den Globus ökonomisch zu erobern. Die

Ausbreitung des globalen Kapitals, der Niedergang der nationalen Bürokratien, Regulationssysteme und Arbeiterbewegungen, die Restrukturierung und Internationalisierung sozialer Bewegungen in einem Zeitalter verschärfter Austeritätspolitik und die Entwicklung neuer regionaler Wirtschaftsblöcke in den achtziger und neunziger Jahren waren in hohem Maße »überdeterminiert«.

Regierungen in starken wie in schwachen Ländern gerieten in kleinere oder größere politische Krisen. Zwischen dem Westen und Ostasien entbrannten ökonomische Konflikte, und die ungleiche Verteilung von Reichtum und Einkommen zwischen Westen und Süden sowie innerhalb der meisten Länder in diesen Weltteilen nahm noch drastischere Formen an. Unter dem Druck westlicher Kalter Krieger zerstörte sich der parteistaatliche Sozialismus im Osten selbst. Die Konflikte zwischen globalem Kapital und nationaler Politik und Bürokratie sowie Arbeiter-, Umwelt- und anderen sozialen Bewegungen vervielfältigten sich. Während das globale Kapital sich daran machte, die engen Grenzen des Nationalstaates zu durchbrechen, trat plötzlich die neokonservative Gesellschaftstheorie auf die Bildfläche und verbreitete sich in weiten Teilen der Welt - unterstützt durch neue soziale Bewegungen von *rechts*, die in den sechziger Jahren ausgebrütet worden waren. In kulturell und politisch eher korporatistischen wie in stärker individualistischen Ländern des Westens fanden sich Arbeiterklasse und Gemeinwesen immer stärker dem Wertgesetz im Weltmaßstab ausgeliefert, das von transnationalen Banken und Unternehmen durchgesetzt wurde und sich in der Internationalisierung der drei Kapitalkreisläufe ausdrückte.

In den 70er Jahren fand sich das Kapital auf zwei Weisen in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Ökonomisch, insofern Staatsunternehmen, Wohlfahrtsgesellschaft, bürokratische Regulierung und makroökonomische Steuerpolitik auf die Bedürfnisse des Nationalstaates und der ihn bildenden ökonomischen Klassen ausgerichtet waren und nicht auf die globalen Imperative des Wertgesetzes. Obwohl die Regierungen der Industrieländer ihre global orientierten Unternehmen stützten, bremsten sozialdemokratische Wohlfahrts- und keynesianische Haushaltspolitik eine raschere Globalisierung. Das gleiche galt für wachsende Steuerlasten, Sozialausgaben und Lohnkosten sowie die verbreiteten Regelungen des Konsums und anderer Bereiche, die Produktion und Zirkulation des Kapitals national wie international behinderten.

Die zweite Barriere für das Kapital war politischer und administrativer Natur. Verstaatlichte Unternehmen und bürokratische staatliche Strukturen, die das nationale Kapital mit aufgebaut hatte in der Absicht, die einheimischen Märkte zu erweitern und die nationalen Arbeiterbewegungen politisch abzublocken, wurden immer schwerfälliger, ökonomisch »irrational«

und porös. Sie verloren zunehmend an Legitimität und gerieten in die Kritik der Öffentlichkeit. Mitte der 70er Jahre hatten sich die ökonomischen Bedingungen verschlechtert, und die politische Macht und ideologische Hegemonie des Kapitals waren so stark geschrumpft, wie es seit der Weltwirtschaftskrise nicht mehr der Fall gewesen war. Die wirtschaftliche Erholung nach der durch die Ölpreissteigerungen ausgelösten Rezession von 1973/74 ließ zu wünschen übrig. Die High-Tech-Erneuerung des Kapitals kam nur langsam voran (etwa im Vergleich mit Japan). Eine neue ökonomische Kategorie, »Stagflation«, wurde erfunden; die ökonomisch herrschenden und die politischen Klassen fürchteten die Inflation und verloren das Vertrauen in die Einkommenspolitik. Im Westen interpretierten diese Klassen die siebziger Jahre als eine Krise der »Arbeit«, der sozialen Kontrolle, des exzessiven staatlichen Interventionismus, dysfunktionaler keynesianischer Wirtschaftspolitik, als Fiskal- und Unterproduktionskrise - neue Phänomene in der modernen Geschichte - und gelangten zu der Überzeugung, daß das herkömmliche politische Geschäft sich überlebt habe und eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig sei.

Die wichtigste Auswirkung des Wachstums der staatlichen Bürokratie war die Verlangsamung der Kapitalisierung von Land und Arbeit - Polanyis »Gesellschaft« und Marx' »Arbeiterbewegung« hatten den Staat als Puffer gegen die ungezügelte globale kapitalistische Akkumulation eingesetzt. Der Gegenangriff des Kapitals in den späten 70er Jahren war zunächst und vor allem gegen die vielen Restriktionen gerichtet, denen die Verwendung von Arbeitskraft und Land, auch des städtischen Raums und der »Umwelt«, unterlag. Am restriktivsten (wie viele behaupteten) waren die staatlichen Unternehmen, die vom Kapital als eine ineffiziente Form betrachtet wurde, Arbeit, Land und natürliche Ressourcen zu verwenden. Die »Privatisierung«, ein Begriff, der um 1960 zum ersten Mal aufgetaucht war, wurde mit einer Reihe von Zielen verknüpft: Steigerung der Produktivität und Beschränkung der wirtschaftlichen Verantwortung der Regierungen (Großbritannien in den achtziger Jahren); Reduktion staatlicher Haushaltsdefizite (Italien in den neunziger Jahren); Lösung der wirtschaftlichen Krise insgesamt (Pakistan in den neunziger Jahren); und schließlich diente die Privatisierung überall zur Diskreditierung »staatlicher« ökonomischer Aktivitäten sowie zur Belebung der Aktienmärkte. Im Zuge der Globalisierung des produktiven Kapitals wurden neue Mechanismen zur Disziplinierung der Arbeiter und der Gemeinwesen benötigt. Das Kapital stellte in seinem politischen Gegenangriff die »Macht des Werts« heraus und war bemüht, die nationalstaatlichen Sicherheitskräfte und Law-and-Order-Bürokratien zu stärken.

Dieser Gegenangriff war erfolgreich, weil linke und rechte soziale Bewegungen selbst schon die Bürokratisierung der Gesellschaft in Frage gestellt

hatten. Die Forderungen nach Demokratisierung der Zivilgesellschaft und des Staates wurden letztlich in eine Bewegung umgesetzt, die das Ziel hatte, das Wirtschaftsleben zu deregulieren und die, wie es ein Neokonservativer nannte, »übermächtigen Bürokratien des progressiven Liberalismus«, die Wohlfahrts- und Regulationsinstitutionen durch den Markt, die Familie, Gott und die Nation zu ersetzen. Die sozialen Bewegungen hatten es versäumt, die Antinomien der Ökonomie selbst unter die Lupe zu nehmen, darunter den Trend zur Globalisierung, und hatten dem Kapital statt dessen neue ökonomische und unterdessen auch soziale Forderungen aufgehalst. Rassistische und sexistische Interessen, besonders innerhalb der Arbeiterbewegung, doch auch in vielen Gruppen der neuen sozialen Bewegungen, trugen ebenfalls zum Schlag gegen die Bürokratie - und gegen »progressive« Kräfte im allgemeinen - bei. Der Mangel oder die Ablehnung eines marxistisch geprägten Diskurses über das Kapital trugen ebenfalls dazu bei, die neuen sozialen Bewegungen zu entwaffnen. So sahen sie ihre Macht und ihren Einfluß schwinden und waren zum Rückzug vor den Kräften der Reaktion und des globalen Kapitals gezwungen, die ein marxistischer Diskurs hätte politisch wirksam deuten können. Schließlich zogen die herrschenden Klassen alte antidemokratische Theorien aus der Mottenkiste, um die Restauration der Macht des Kapitals zu legitimieren. Moscas und Paretos Theorien der »Notwendigkeit von Eliten«, Spencers und Sumners Sozialdarwinismus und neomalthusianische Theorien der »Überbevölkerung« tauchten in den Kostümen des späten 20. Jahrhunderts wieder auf: als »Unregierbarkeit«, »nationale Konkurrenzfähigkeit« und neomalthusianische Ökologie. In einem Land nach dem anderen machte die Schwächung des Regulierungs- und Sozialstaates die Gewerkschaften, die Arbeiter und die Gemeinwesen fügsamer, die Nutzung von Arbeitskräften, Land und anderen Ressourcen flexibler. Arbeit wurde zunehmend als »Humankapital« betrachtet und die Umwelt als »natürliches Kapital«. Die polizeilichen Funktionen und Machtbefugnisse des Staates wiederum wuchsen in dem Maße, als die regulatorischen und die Wohlfahrtsfunktionen schrumpften.

Diese Dialektik wirtschaftlicher, sozialer und politischer Transformationen in den späten siebziger und den achtziger Jahren nahm in den Heimatländern des Individualismus und Konsumismus, in den USA und Großbritannien, am deutlichsten Gestalt an. Während die Linke Bücher zu Themen wie der »Grenzen der Legitimität«, der »Finanzkrise des Staates« oder der »Krise des liberaldemokratischen Kapitalismus« publizierte, popularisierten Ideologen des Kapitalismus wie Samuel Huntington, Murray Wiedensbaum und George Gilder in ihren Kritiken an der Politisierung des Kapitalismus und am interventionistischen Wohlfahrtsstaat die Themen »Unre-

gierbarkeit«, »wachsende Kosten der Regulierung« und »ökonomischer Nutzen der *family values*«. Unterdessen schimpften Unternehmer über die Kosten des Wohlfahrtsstaates, die zu geringe Flexibilität aufgrund der Überregulierung, den Motivationsverlust der Beschäftigten, die Vervielfachung der arbeitsrechtlichen Regelungen und die »überzogenen« Restriktionen, die Gemeinden der Nutzung von Land und Umwelt auferlegten - wobei dies nur einige der historischen und politischen Errungenschaften waren, die das Kapital nun als zu überwindende Barrieren betrachtete. Politisch gesehen habe die Gesellschaft mehr Selbstdisziplin zu lernen, ökonomisch, sich an mehr Austerität und Flexibilität zu gewöhnen, kulturell, mehr Respekt für »traditionelle Werte und Autorität« zu haben. Andernfalls seien die nationalen Kapitale nicht in der Lage, den großen Sprung in die Globalisierung zu vollenden, der »asiatischen Herausforderung« zu begegnen und die riesigen, noch unerschlossenen Märkte Chinas, Indiens, Indonesiens, Rußlands, Brasiliens und anderer Länder zu erschließen.

Vor dem Hintergrund sozialer Polarisierung innerhalb des Westens wie auch zwischen dem Westen und dem Süden und in Anbetracht von Stagflation und struktureller Arbeitslosigkeit sowie dem sorgfältig konstruierten Wahrnehmungsmuster, wonach Gewerkschaften und soziale Bewegungen nur »Sonderinteressen« vertreten würden, stieß die politische und ökonomische Kritik von seiten des Kapitals auf ein breites und empfängliches Publikum. Unternehmer und den wirtschaftlichen Interessen gewogene Mitte-Rechts-Politiker machten sich nun selbst die Kritik an der Bürokratie zu eigen. Bürokratien und Staatsunternehmen wurden nicht deshalb als schlecht betrachtet, weil sie undemokratisch organisiert waren, sondern weil sie den Erfindungsreichtum des Kapitals hemmten; die keynesianische Lehre galt nicht deshalb als irrational, weil sie den gedankenlosen Konsumismus untermauerte und die Ressourcen der Welt verschwendete, sondern weil sie die Konsumausgaben auf Kosten der Sparquote und Investitionen begünstigte; die staatlichen Wohnungsbausubventionen waren nicht deshalb untragbar, weil die explodierenden Immobilienpreise die Fragmentierung und Spaltung der Gesellschaft verschärften, sondern weil sie auf unproduktive Weise Kapital banden; der Wohlfahrtsstaat wurde abgelehnt, nicht weil er die Bürger zu »Vorgängen« oder »Klienten« verdinglichte, sondern weil er die Ideologien des Neoliberalismus und Neokonservatismus herausforderte und die Disziplinierung durch den Arbeitsmarkt untergrub; die kommunale Flächen- und Ressourcenplanung war mangelhaft, nicht weil sie die Gemeinwesen behinderte, sondern weil sie die animalischen Instinkte von Grundstücksinteressenten zügelte. Die zunehmend zentralistisch organisierten oder kontrollierten Massenmedien propagierten diese und ähnliche Denkmuster mit ihrer geballten Macht, während sie

gleichzeitig die ursprüngliche Kritik der Linken an Bürokratie und Verdinglichung übergangen oder zensierten. Den Politikern wurden monetaristische oder »angebotsorientierte« Lösungen ökonomischer Probleme aufgedrängt, und ihre Eigeninteressen veranlaßten sie, monetaristisch und neoklassisch geprägte Reformen der Wirtschaftspolitik zu akzeptieren. In den USA wehrte die amerikanische Wirtschaftslobby zwischen 1974 und 1981 wichtige liberale und arbeitnehmerorientierte Gesetzesinitiativen ab und diktierte praktisch die Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre.

Die Gewerkschaften wurden geschwächt oder zerschlagen; die staatlich Beschäftigten und Wohlfahrtsempfänger wurden politisch marginalisiert - mit Unterstützung der wirtschaftlich gefährdeten Mittelklassen. In allen großen europäischen Ländern kamen Mitte-Rechts-Parteien an die Macht: Thatcher in England, Kohl in Deutschland und ein »reformierter« Mitterrand in Frankreich; in Italien und Spanien wandten sich traditionelle kommunistisch-sozialistische Parteien scharf nach rechts. Politische Trägheit hinderte Schweden und Österreich bis in die frühen neunziger Jahren daran, auf den Zug des Neoliberalismus und Monetarismus aufzuspringen.

Eine neue Philosophie der politischen Ökonomie nahm Gestalt an: Regierungen sollten den Gewinnern helfen, nicht den Verlierern, die stärksten Industrien und Sektoren stützen, nicht die schwächsten, und den »Krieg« der Armen gegen die Reichen, der in den sechziger und siebziger Jahre geführt wurde, in sein Gegenteil verkehren.

Im Süden waren in den sechziger und siebziger Jahren als Reaktion auf den mangelnden Erfolg der Importsubstitutionstrategie, sowie gegen die stärker werdenden Oppositionsbewegungen (zwischen 1974 und 1981 gab es über ein Dutzend erfolgreiche linke oder nationalistische Revolutionen im Süden) viele Einparteien-»Demokratien« und Diktaturen neu errichtet oder restauriert worden. Sie verschärfen jetzt die Kontrolle über Arbeit, Land und natürliche Ressourcen, wozu auch die wachsende Auslandsverschuldung beitrug. In vielen Ländern führten Rechtsregierungen heftige Kriege gegen ihre eigene Bevölkerung. Einige zeigten dem Westen, wie die Zukunft aussehen konnte, indem sie auf Drängen des IWF neoliberale und monetaristische Wirtschaftspolitiken schon in den späten sechziger Jahren durchsetzten. In Indien erlebten Millionen von Menschen mit Schrecken die Neubelebung der Politik des »freien Marktes« und das Verschwinden des »Nehru-Modells« der Entwicklung, die Einfriedung des verbliebenen Gemeineigentums und die Proletarisierung von Stammesangehörigen. (Smitu Kothari hat geschätzt, daß seit Ende der vierziger Jahre über 20 Millionen Inder durch den Bau von Dämmen, Bergwerken, Industriebetrieben und die Einrichtung von Parks vertrieben wurden, die Hälfte davon Stammesangehörige.)

Im Osten gab es in den siebziger und frühen achtziger Jahren einige vorsichtige Versuche, die Märkte zu liberalisieren und Investitionen ins Land zu ziehen; in China fand die Wende hin zum »Kapitalismus im Sozialismus« von 1979 statt. Während der Breschnew-Ära bestand - angesichts des Mißtrauens der Bevölkerung und des wachsenden Hasses auf den Partei-staat - die typische Reaktion allerdings in der Verhärtung der Strukturen politischer Herrschaft. Am Ende - nach 1989 - zerstörte sich der Apparat selbst, der staatliche Wohlfahrt in Form von Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit, von Subventionen für Gesundheit, Bildung und Wohnraum organisiert hatte. Dies beendete auch die Unterstützung, die die UdSSR nationalistischen Entwicklungsmodellen in Afrika, Indien und anderswo gewährt hatte. Am Ende wurde die UdSSR selbst zerstört.

Damit war der politische und ideologische Boden für die Welle des Neoliberalismus aus dem Westen bereitet, ein Modell, das zunächst im Süden experimentell umgesetzt wurde und schließlich, wenn auch stockend, in den neunziger Jahren im Osten. So wurden die politischen und ideologischen Bedingungen geschaffen für die Blüte des globalen Kapitals und die Schaffung eines neuen globalen Quasistaates - ebenso wie für die politische Fragmentierung, den Legitimitätsverlust von Nationalstaaten und nationalen Regierungen, die gelegentliche Rückentwicklung zum Tribalismus und zu rassistischer und ethnischer Politik, eine weltweite Kriminalitätswelle - doch auch für neue Formen regionalen und lokalen Widerstands und eine mögliche Globalisierung der sozialen Bewegungen und Klassenkämpfe.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Klaus Fritz